

Ergänzende Bedingungen der e-regio Netz GmbH (Verteilnetzbetreiber) zu der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV).

Gültig ab 01.01.2026 für das Netzgebiet der e-regio Netz GmbH



1. Netzanschlusskosten

Die Kosten für die Herstellung des Netzanschlusses werden vom Anschlussnehmer nach dem Preisblatt „Netzanschluss Strom - Niederspannung“ des Verteilnetzbetreibers für nach Art, Dimension und Länge vergleichbare Netzanschlüsse veröffentlichten und entsprechend § 4 Abs. 3 NAV bekannt gegebenen Pauschalsätzen erstattet.

Für nicht vergleichbare Fälle wird ein Netzanschluss zu individuell kalkulierten Kosten angeboten.

2. Baukostenzuschüsse

2.1 Der Versorgungsbereich gemäß § 11 Abs. 1 NAV wird nach versorgungswirtschaftlichen und netztechnischen Gesichtspunkten vom Verteilnetzbetreiber festgelegt.

2.2 Der Baukostenzuschuss (BKZ) wird auf der Grundlage der durchschnittlich für vergleichbare Fälle entstehenden Kosten pauschal berechnet.

2.3 Die Leistungsanforderung für die Berechnung des BKZ wird je nach Bedarf der über den Netzanschluss versorgten Letztverbraucher differenziert ermittelt.

2.3.1 Bei der Versorgung von Letztverbrauchern, die Strom überwiegend für den Eigenverbrauch im Haushalt verwenden,

wird die typische Leistungsanforderung je Wohneinheit (WE) dieser Letztverbraucher im Netzgebiet des Verteilnetzbetreibers zu Grunde gelegt. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der Durchmischung am Netzanschluss in Anlehnung an die DIN 18015-V-2.

Die Leistungsanforderung je Wohneinheit ist dem Preisblatt „Netzanschluss Strom - Niederspannung“ zu entnehmen.

2.3.2 Bei der Versorgung von Letztverbrauchern, die Strom überwiegend für den Eigenverbrauch für Gewerbe und/oder Landwirtschaft verwenden, ergibt sich die gesamte Leistungsanforderung am Netzanschluss aus der Summe der Leistungen der elektrischen Verbraucher unter Berücksichtigung der Durchmischung. Der Ausfall ggf. vorhandener Eigenerzeugungsanlagen wird zusätzlich berücksichtigt.

2.4 Werden über den Netzanschluss gleichzeitig Letztverbraucher im Sinne von 2.3.1 und 2.3.2 versorgt, ergibt sich die für die Berechnung des BKZ zu Grunde zu legende gesamte Leistungsanforderung aus der Summe der beiden vorgenannten Leistungsanforderungen. Der spezifische BKZ in EUR/kW ist dem Preisblatt „Netzanschluss Strom - Niederspannung“ zu entnehmen

2.5 Von der ermittelten Leistungsanforderung ist für die Berechnung des BKZ gemäß § 11 Absatz 3 NAV eine Freigrenze von 30 kW abzuziehen.

2.6 Der Anschlussnehmer zahlt einen weiteren BKZ, wenn er seine Leistungsanforderung erheblich über das der ursprünglichen Berechnung zu Grunde liegende Maß hinaus erhöht. Erheblich ist insbesondere eine Erhöhung von mindestens 10 kW. Die Höhe des weiteren BKZ bemisst sich nach den Grundsätzen der Ziffern 2.1 bis 2.5.

3. Inbetriebsetzung

Die erstmalige Inbetriebsetzung ist unentgeltlich.

Scheitert eine Inbetriebsetzung aus Gründen, die der Anschlussnehmer bzw. Anschlussnutzer zu vertreten hat, zahlt der Anschlussnehmer bzw. der Anschlussnutzer je vorgesehener Messeinrichtung die im „Preisblatt für die Inbetriebsetzung, die Unterbrechung des Stromnetzanschlusses und den Zählerwechsel in Niederspannung“ ausgewiesene Pauschale.

Für jede weitere Inbetriebsetzung gilt die letztgenannte Kostenregelung entsprechend.

4. Demontage

Bei Beendigung des Netzanschlussvertrages (Anschlusskündigung) ist der Verteilnetzbetreiber berechtigt, die in seinem Eigentum stehenden Anlagenteile des Netzanschlusses zu demontieren. Die Kosten für die Demontage dieser Anlagenteile trägt der Verteilnetzbetreiber.

5. Verlegung von Versorgungseinrichtungen

Soweit der Anschlussnehmer bzw. der Anschlussnutzer Kosten für die Verlegung von Einrichtungen der Stromversorgung nach §§ 10 Abs. 3, 12 Abs. 3 und 22 Abs. 2 NAV zu tragen hat, sind diese nach dem tatsächlichen Aufwand zu erstatten.

6. Technische Anschlussbedingungen

Die technischen Anforderungen des Verteilnetzbetreibers an den Netzanschluss und andere Anlagenteile, sowie an den Betrieb der elektrischen Anlage einschließlich Eigenanlagen, sind in den unter <https://www.e-regio.de/netze/netzanschluss> veröffentlichten Technischen Anschlussbedingungen (Strom) des Verteilnetzbetreibers festgelegt.

7. Ablesung der Messeinrichtungen

Gemäß § 3 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) ist der Messstellenbetrieb und die Ablesung grundsätzlich Aufgabe des grundzuständigen Messstellenbetreibers, sofern kein Messstellenbetreiber nach § 5 bzw. § 6 MsbG diese Aufgabe übernommen hat. Die e-regio Netz GmbH ist als Netzbetreiber gem. § 1 Nr. 4 MsbG grundzuständiger Messstellenbetreiber und somit für die Ablesung der Messeinrichtung Ihrer Verbrauchsstelle zuständig. Das Ihnen gesetzlich eingeräumte Wahlrecht bzgl. des Energielieferanten hat auf die o.g. Regelung keinen Einfluss.

Der Zählerstand wird grundsätzlich jährlich durch Mitarbeiter bzw. beauftragte Dienstleister der e-regio Netz GmbH ermittelt und dient u.a. als Basis für die Abrechnung des Netznutzungsentgeltes gegenüber Ihrem Energielieferanten. Die Aufgabe umfasst die Ablesung von Zählerständen und deren Überprüfung.

8. Zahlungsverzug; Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung

- a. Rechnungsbeträge und Abschläge sind für den Verteilnetzbetreiber kostenfrei zu entrichten (§ 270 BGB).
- b. Bei Zahlungsverzug (Mahnung und Nachinkassogang), Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung gemäß § 24 Abs. 1, 2, 4, 5 NAV sowie Wiederherstellung des Anschlusses und der Anschlussnutzung wird dem Anschlussnutzer jeweils die im „Preisblatt Netzanschluss Strom - Niederspannung“ entsprechend ausgewiesene Pauschale in Rechnung gestellt.
- c. Der Anschlussnutzer hat dem Verteilnetzbetreiber anfallende Bankkosten für Rücklastschriften zu erstatten.
- d. Der Verteilnetzbetreiber ist zur Unterbrechung der Anschlussnutzung berechtigt, sofern eine Entnahmestelle keinem Bilanzkreis zugeordnet werden kann. Hinsichtlich der Kosten gilt Ziffer 8.2 entsprechend.

9. Verjährung der Mängelansprüche

- 9.1 Ist der Kunde eine Person im Sinne des § 310 Abs. 1 BGB (d.h., ein Unternehmer, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlichrechtliches Sondervermögen), so verjähren Mängelansprüche bei Herstellung und Lieferung von Sachen in einem Jahr.
- 9.2 Ist der Kunde keine Person im Sinne des § 310 Abs. 1 BGB, so verjähren Mängelansprüche bei Herstellung und Lieferung neuer Sachen in zwei Jahren und bei Lieferung gebrauchter Sachen in einem Jahr. Abweichend von Abs. 1 und 2 verjähren Mängelansprüche bei Bauleistungen im Sinne der §§ 438 Abs. 1 Nr. 2, 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB in fünf Jahren, sofern es sich um neue Bauwerke oder Materialien handelt.

Bei Haftung wegen Vorsatzes oder grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie in Fällen, wenn und soweit wir eine Beschaffenheitsgarantie oder Zusicherung abgegeben haben oder einen Mangel arglistig verschwiegen haben, finden die gesetzlichen Verjährungsfristen Anwendung.

10. Haftungsbegrenzung/-ausschluss

Die folgenden Regelungen gelten nur für Schäden, die nicht aus der Unterbrechung oder Unregelmäßigkeiten in der Anschlussnutzung im Sinne des § 18 NAV resultieren:

10.1 Wir haften

- Vorbehaltlich der Regelungen der Ziffer 10.5.
 - Gleich aus welchem Rechtsgrund nur, wenn ein Schaden:
 - a) Durch eine schuldhafte Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht in einer das Erreichen des Vertragszwecks gefährdenden Weise verursacht worden ist (vertragswesentliche Pflichten sind solche, deren Erfüllung den Vertrag prägt und auf die der Kunde vertrauen darf), oder
 - b) Auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz zurückzuführen ist.
- 10.2 Haften wir gemäß Abs. 10.1a) für die Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht, ohne dass grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz vorliegen, so ist die Haftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schäden begrenzt.
- 10.3 Die Haftungsbeschränkung gemäß Abs. 10.2 gilt gegenüber Personen im Sinne des § 310 Abs. 1 BGB in gleicher Weise für Schäden, die aufgrund von grober Fahrlässigkeit von unseren Angestellten, Arbeitnehmern und Mitarbeitern, welche nicht zu unseren gesetzlichen Vertretern oder leitenden Angestellten gehören, unseren Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen oder deren Angestellten, Arbeitnehmern und Mitarbeitern verursacht werden.
- 10.4 Soweit die Schadensersatzhaftung gemäß Abs. 10.1 und 10.2 uns gegenüber ausgeschlossen oder eingeschränkt ist, gilt dies auch im Hinblick auf die persönliche Schadensersatzhaftung unserer Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter und gesetzlichen Vertreter sowie Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen und deren Angestellten, Arbeitnehmern, Mitarbeitern und gesetzlichen Vertretern.
- 10.5 Die vorstehenden Haftungsausschlüsse und Begrenzungen gelten nicht für Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit. Sie gelten ebenfalls nicht, soweit wir eine Beschaffenheitsgarantie oder Zusicherung abgegeben oder einen Mangel arglistig verschwiegen haben.

11. Produkthaftungs- und Haftpflichtgesetz

11.1 Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

11.2 Die Ersatzpflicht für Sachschäden nach dem Haftpflichtgesetz wird ausgeschlossen, soweit es sich um juristische Personen des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder Kaufleute im Rahmen eines zum Betrieb ihres Handelsgewerbes gehörenden Vertrages handelt. Die Haftung nach dem Haftpflichtgesetz für Personenschäden bleibt unberührt.

12. Umsatzsteuer

Zu den in diesen Ergänzenden Bedingungen genannten Entgelten wird die Umsatzsteuer in der im Liefer-/Leistungszeitpunkt jeweils gesetzlich festgelegten Höhe zusätzlich berechnet. Zu den Entgelten zählen nicht die Kosten aus Zahlungsverzug gemäß Ziffer 8.2 sowie Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung gemäß Ziffer 8.2 und Ziffer 8.4. Diese unterliegen nicht der Umsatzsteuer.

13. Inkrafttreten

Diese Ergänzenden Bedingungen treten mit Wirkung ab 01.01.2026 in Kraft.